

Konzertsaal-Neubau: Staatsanwalt bleibt gelassen

Janovsky: Nach derzeitigem Kenntnisstand kein Anfangsverdacht für Ermittlungen gegeben – Kein Schwarzbau

BAYREUTH

Der Neubau eines Konzertsaals der Städtischen Musikschule an der Brandenburger Straße schlägt weiter hohe Wellen. Nicht nur im Bayreuther Rathaus.

Der KURIER berichtete: Der Konzertsaal, der an die Musikschule angebaut wird, wird um rund 200 000 Euro teurer als ursprünglich vorgesehen. Offensichtlich wurde das Gebäude auch gegenüber den ersten Plänen deutlich verändert. Wobei diese Veränderungen niemals vom Bauausschuss abgesegnet wurden.

Nachdem in der Stadtratssitzung bereits Rufe nach dem Staatsanwalt laut wurden, hat der KURIER nachgefragt. Und zwar beim Leitenden Oberstaatsanwalt Thomas Janovsky. Der jedoch winkte ab: Nach derzeitigem Kenntnisstand, so Janovsky, be-

stehe kein Anfangsverdacht, der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft erforderlich machte.

Anders gesagt: Es handelt sich bei dem Bauvorhaben also nicht um einen Schwarzbau im klassischen Sinne. Denn der Konzertsaal ist von der Stadt Bayreuth formal genehmigt worden. Was den Stadtrat allerdings in Rage versetzt ist der Umstand, dass offenbar Mitarbeiter der Bauverwaltung den Bauausschuss des Stadtrats (und vielleicht noch nicht einmal den Oberbürgermeister) darüber informierten, dass das Vorhaben um rund 55 Prozent teurer und in der Außengestaltung gänzlich anders werden würde. Obwohl sie das offensichtlich genau wussten. Das geht aus einem handschriftlichen Vermerk hervor, der in den Akten gefunden wurde.

Wie es sein konnte, dass so lange niemand etwas von dem Versteck-

spiel bemerkte? Nach Angaben von Baureferent Friedrich Taubmann habe der Verwaltung im Januar 2006 lediglich eine Planskizze im Maßstab 1:200 vorgelegen. Wobei sich einige Räte erinnern wollen, bei der Stadtratssitzung am 17. Januar 2006 ausführlichere Pläne gesehen zu haben.

Genauere Pläne jedenfalls, so hieß es aus der Stadtverwaltung, seien erst etwa zum Spatenstich präsentiert worden. Allerdings sei auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar gewesen, dass die Baumaßnahme sich derart verteuere.

SPD-Fraktionschef Wolfgang Kern betonte während der Haushaltsberatungen, dass ihn der Umstand störe, dass bereits Bewertungen zu dem Vorgang abgegeben würden, bevor der Vorgang selbst untersucht sei: „Wir brauchen erst die Fakten, dann kann man diese bewerten. Aber nicht umgekehrt.“ Als „Unverschämtheit“

wertete Kern jedwede Versuche, die Angelegenheit dem früheren Oberbürgermeister Dr. Dieter Mronz unterschieben zu wollen. Kern geht vielmehr davon aus, dass die Fehler erst nach der Amtszeit Mronz' gemacht wurden. Dagegen geht CSU-Fraktionschef Professor Werner Grüninger davon aus, dass das Problem der Überteuerung des Projektes „im Inneren des Rathauses schon seit langem bekannt“ gewesen sei. Nähere Aufschlüsse wird wohl erst die Untersuchung des Vorgangs ergeben, die Hohl angeordnet hat und die Stadtdirektor Ulrich Pfeifer leiten soll.

Der Bau selbst kann jetzt nur noch sehr eingeschränkt fortgesetzt werden. Hohl ordnete an, lediglich Maßnahmen zur Wintersicherung des Bauwerks zuzulassen. Neues Geld aber werde erst dann freigegeben, wenn die Untersuchungen abgeschlossen seien. gdm